

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 181-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☒
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.882

Eingereicht am: 12.09.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne) (Sprecher/in)
Wüthrich (Huttwil, SP)
Kohler (Spiegel b. Bern, FDP)
Kohli (Bern, BDP)
Streit-Stettler (Bern, EVP)
Grimm (Burgdorf, glp)
Beutler (Gwatt, EDU)
Rufener (Langenthal, SVP)

Weitere Unterschriften: 13

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 61/2017 vom 25. Januar 2017
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Punktweise beschlossen**
Punkt 1: Annahme als Postulat und gleichzeitige Abschreibung
Punkt 2 und 3: Annahme als Postulat



Der Hauptstadtdregion Bern das Politforum Käfigturm erhalten: Auch der Kanton hilft mit!

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. eine Beteiligung des Kantons Bern an der geplanten neuen Trägerschaft für den Weiterbetrieb des Politforums Käfigturm in der Bundesstadt in die Wege zu leiten und die laufenden Bemühungen der Stadt Bern, der Burgergemeinde Bern und kirchlicher Kreise zur Gründung einer Stiftung zu unterstützen
2. eine angemessene finanzielle Unterstützung des Betriebs dieser einmaligen Institution im kantonseigenen Käfigturm ab dem Jahr 2018 vorzusehen (z. B. in Form eines Mietzins-Erlasses und/oder eines jährlichen Betriebsbeitrags)

3. den Einbezug der Zivilgesellschaft in die Trägerschaft und den Betrieb des Politforums Käfigturm zu fördern (insbesondere in ideeller Form, z. B. durch ein Patronatskomitee von interessierten Organisationen und Einzelpersonen oder eine Vertretung in einem Beirat)

Begründung:

Einstimmig hat der Grosse Rat des Kantons Bern am 14. März 2016 mit der Überweisung der aus allen Fraktionen mitunterzeichneten und dringlich behandelten Motion 015-2016 den Regierungsrat beauftragt, sich im eidgenössischen Vernehmlassungsverfahren für die Weiterführung des Politforums des Bundes auszusprechen. Schon vor dem Grossratsentscheid hatte der Regierungsrat in seiner Antwort zur Motion das Politforum als «wichtiges Aushängeschild des Politzentrums Bern und der Hauptstadtregion Schweiz» bezeichnet, seine Bedeutung für die politische Bildung und Wissensvermittlung anerkannt und sich gegen die Schliessung des einmaligen Informations-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrums ausgesprochen.

Zusammen mit dem Regierungsrat und dem Grossen Rat des Kantons Bern haben sich in der Folge die Stadt Bern, die Hauptstadtregion und mehr als 30 weitere Organisationen gegen die Schliessung des Politforums ausgesprochen. Rund 5000 Bürgerinnen und Bürger haben in kurzer Zeit eine entsprechende Petition unterschrieben. Der Bundesrat hat sich in der Folge bereit erklärt, den Betrieb des Politforums ein Jahr länger als angekündigt, nämlich bis Ende 2017, sicherzustellen, um Zeit zu geben für die Sicherung der künftigen Finanzierung und den Aufbau einer entsprechenden Trägerschaft.

Mittlerweile arbeiten die Stadt Bern, die Burgergemeinde Bern und weitere Kreise an der Gründung einer Stiftung, die – möglichst unter Einbezug des Kantons Bern – das Politforum künftig tragen soll. Im eidgenössischen Parlament haben der Berner Ständerat Hans Stöckli und Nationalrat Kurt Fluri aus dem Hauptstadtregionskanton Solothurn zwei Vorstösse deponiert, die am 25.8. bzw. 1.9.2016 von den Staatspolitischen Kommissionen des Ständerats und des Nationalrats als Kommissionsmotionen¹ unterstützt worden sind. Sie fordern den Bundesrat auf, sich ab 2018 mittels eines Leistungsvertrags an den künftigen Betriebskosten des Politforums Käfigturm zu beteiligen und dafür jährlich 400 000 Franken bereitzustellen. Mit diesem Bundesbeitrag und jährlichen Beiträgen von je 150 000 Franken der erwähnten Stiftungspartner wäre die Finanzierung des Politforums künftig sichergestellt.

Um die Bemühungen auf Bundesebene wie auch innerhalb der Hauptstadtregion zu unterstützen, sind Regierungsrat und Parlament des Kantons Bern jetzt aufgefordert, der sich bildenden Trägerschaft möglichst rasch grundsätzliche Unterstützung zuzusichern. Unser Kanton trägt als Besitzer und Vermieter der Räumlichkeiten im Käfigturm eine besondere Verantwortung für die Zukunftssicherung des Politforums und die dafür in den letzten 15 Jahren vornehmlich mit Steuergeldern getätigten Investitionen. Mit einem Erlass von Mietkosten und/oder einem bescheidenen finanziellen Beitrag kann der Kanton entscheidend zum Gelingen der laufenden Rettungsbemühungen beitragen. Eine Beteiligung des Kantons an der neuen Trägerschaft wie auch an der künftigen Finanzierung könnte auch das Anliegen von Ziffer 3a der eingangs erwähnten Motion 015-2016 unterstützen, die vom Grossen Rat im Einvernehmen mit dem Regierungsrat als Postulat überwiesen worden ist: Mit dieser Ziffer 3a war angeregt worden, im Politforum

¹ Motion SPK-NR, siehe: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20163633>
Motion SPK-SR, siehe: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20163627>

Käfigturm künftig «neben der politischen Bildung und Information in Bundesangelegenheiten auch die politischen Institutionen des Hauptstadtkantons Bern zur Geltung» zu bringen.

Indem der Kanton Bern die Bemühungen um die Zukunftssicherung des Politforums Käfigturm unterstützt, hilft er auch mit, Lehren aus dem im Juni veröffentlichten, vom Bundesparlament verlangten Bericht des Bundesrates über den «Staatskundeunterricht auf Sekundarstufe II» zu ziehen.² Die diesem Bericht zugrunde liegende Studie des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern hat u. a. aufgrund einer Befragung von Staatskundelehrpersonen an Gymnasien und Berufsschulen ergeben, dass «sich die Behörden nicht oder zu wenig für die politische Bildung interessieren» und dass der «politische Wille zur Stärkung der politischen Bildung» beschränkt ist.

Vor allem hat die Studie gezeigt, dass sich der Staatskundeunterricht zu stark auf blosser Wissensvermittlung beschränkt und andere «wichtige Elemente einer zielführenden Bildung» nur «spärlich» zur Geltung kommen. So mangelt es insbesondere an Strategien, um «das politische Interesse zu wecken oder demokratisch-partizipative Praktiken im Schulunterricht einzuüben». Im Politforum Käfigturm, das schon bisher von jährlich mehreren hundert Schulklassen besucht worden ist, könnte diesem Mangel verstärkt entgegengewirkt werden. Der aktivierende und partizipative Charakter des Politforums könnte auch durch den Einbezug der Zivilgesellschaft in die künftige Trägerschaft gestärkt werden.

Antwort des Regierungsrates

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine Motion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates (Richtlinienmotion). Der Regierungsrat hat bei der Richtlinienmotion einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt beim Regierungsrat.

Punkt 1:

Der Regierungsrat hat sich am 21. September 2016 in einem Schreiben an den Gemeinderat der Stadt Bern bereit erklärt, einen Kostenanteil in der Grössenordnung von jährlich 150'000 Franken zu übernehmen, damit das Politforum Käfigturm erhalten werden kann. Dies allerdings unter der Bedingung, dass sowohl die eidgenössischen Räte den Bundesbeitrag von jährlich rund 400'000 Franken genehmigen als auch die weiteren Beteiligten einen entsprechenden Kostenanteil tragen werden.³ Das Interesse des Kantons Bern an einer Weiterführung des Politforums Käfigturm wurde gegenüber der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten mehrmals kommuniziert, dies auch in einem gemeinsamen Schreiben mit der Stadt Bern und der Burgergemeinde Bern. Auch die Hauptstadtregion Schweiz hat gegenüber den National- und Ständeratsmitgliedern der Region eine Beteiligung des Bundes an der neuen Trägerschaft des Politforums Käfigturm unterstützt. Punkt 1 der Motion ist somit bereits erfüllt. Der Regierungsrat beantragt daher dem Grossen Rat, Punkt 1 der Motion als Postulat anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

² Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe II – Eine Bilanz. Bericht in Erfüllung des Postulats 13.3751 Josiane Aubert / Expertenbericht der Universität Bern Politische Bildung auf der Sekundarstufe II – eine Bilanz, siehe: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-62436.html>

³ RRB 1058/2016, vgl. [Kurzinformation aus dem Regierungsrat](#) vom 22.9.2016.

Punkt 2 und 3:

Was die in Punkt 2 der Motion geforderte «angemessene finanzielle Unterstützung des Betriebs dieser einmaligen Institution im kantonseigenen Käfigturm ab dem Jahr 2018» anbelangt, gilt es festzuhalten, dass der Stadtrat von Bern und der Grosse Burgerrat der Burgergemeinde Bern am 1. bzw. 12. Dezember 2016 je einen Kredit von CHF 600'000 für die Jahre 2018-2021 genehmigt haben. Dies geschah zusätzlich zur schriftlichen Willensbekundung des Kantons gegenüber der Stadt Bern, sich an den Kosten für den Weiterbetrieb zu beteiligen. Kanton, Stadt und Burgergemeinde sagten unter der Bedingung zu, dass sich der Bund und allenfalls weitere Institutionen an der Trägerschaft der Stiftung beteiligen, die ab 2018 vorgesehen ist.

Mit dem Nein der eidgenössischen Räte vom 14. Dezember 2016 zu einer finanziellen Beteiligung des Bundes an der zu gründenden Stiftung zur Weiterführung des Politforums Käfigturm hat sich eine neue Ausgangslage ergeben. Alle bisher in der Rettung des Käfigturms beteiligten Parteien – Kanton, Stadt und Burgergemeinde – haben ihre finanzielle Unterstützung unter dem Vorbehalt zugesichert, dass sich auch der Bund am Politforum Käfigturm beteiligt.

Der Mietvertrag des Bundes für den Käfigturm läuft bis zum 30. September 2021. Da der zuständige Departementsvorsteher des Bundes nach dem Nein der eidgenössischen Räte in Aussicht gestellt hat, den Käfigturm bis 2021 einer allfälligen Nachfolgeorganisation ohne Mietzins zur Verfügung zu stellen, erhalten Kanton, Stadt und Burgergemeinde die Möglichkeit, eine längerfristige und tragfähige Lösung für den Weiterbetrieb des Politforums zu erarbeiten. Der Regierungsrat ist bereit, eine Zwischenlösung bis ins Jahr 2021 im Maximalumfang der für die ursprünglich geplante Verbundlösung in Aussicht gestellten Summe mitzufinanzieren, sofern sich Stadt und Burgergemeinde daran beteiligen und der Bund den Mietzins für die Lokaltäten trägt. Parallel wäre er bereit, eine längerfristige Lösung zu suchen und sich bei einer breiten Abstützung allenfalls an der Weiterfinanzierung zu beteiligen. Es ist geplant, das Projekt – wie vom Motionär in Punkt 3 gefordert – unter Einbezug der Zivilgesellschaft zu erarbeiten, um auch eine Mitfinanzierung des Politforums über Dritte zu prüfen.

Auch für eine längerfristige Lösung kommt für den Regierungsrat höchstens eine Beteiligung des Kantons in der Grössenordnung von jährlich 150'000 Franken in Frage, wie er sie bereits im September 2016 unter gewissen Voraussetzungen zugesichert hatte. In welcher Form diese Unterstützung geleistet würde, kann vorerst nicht festgelegt werden, da noch zu viele Fragen offen sind. Aufgrund der vielen Unsicherheiten beantragt der Regierungsrat, die Punkte 2 und 3 der Motion als Postulat anzunehmen.

Verteiler

- Grosser Rat